

## **Vereinbarung zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz**

Die nachstehend aufgeführten Verpflichtungen und Erklärungen sind Bestandteil meines/unseres Angebotes:

1. Für den Fall einer Auftragserteilung an mein/unser Unternehmen entlohne(n) ich/wir die bei mir/uns Beschäftigten nicht unter den für mein/unser Unternehmen geltenden Mindestentgelt-Regelungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes.

Besteht keine solche Mindestentgelt-Regelung nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz oder liegt das danach zu zahlende Entgelt unter dem Mindestarbeitsentgelt je Stunde des § 3 Absatz 3 des Brandenburgischen Vergabegesetzes von zzt. 9,00 Euro brutto, so wird allen bei der Ausführung der Leistungen Beschäftigten für den Einsatz im Rahmen dieses Auftrages mindestens ein Bruttoentgelt von 9,00 Euro gerechnet auf die Arbeitsstunde gezahlt. Bei einer Lieferleistung gilt dies für die mit der Anlieferung zusammenhängenden Leistungen, insbesondere Transport, Aufstellung, Montage und Einweisung zur Benutzung. Für den Fall der Erhöhung des Mindestarbeitsentgeltes in § 3 Absatz 3 ist bei längerfristigen Verträgen eine ggf. vereinbarte Lohnleitklausel anwendbar.

2. Ich/Wir lege(n) dem Auftraggeber mindestens mit einer (Teil-)Rechnung über erbrachte Leistungen während der Vertragslaufzeit oder bei längeren Laufzeiten einmal kalenderjährlich Belege über die Abrechnung und Zahlung von Arbeitsentgelten an meine bei der Leistungserbringung eingesetzten Beschäftigten und etwaige Beschäftigte von Nachunternehmern oder Personalverleihern vor, wobei der Auftraggeber den Zeitpunkt unter Wahrung der wechselseitigen Interessen bestimmen kann. Alle Nachweise können in anonymisierter oder pseudonymisierter Form (§ 2 Absatz 3 Nummer 1 und 2 Brandenburgisches Datenschutzgesetz) vorgelegt werden. Es muss erkennbar sein, dass Nachweise der Arbeitszeit für den Einsatz im öffentlichen Auftrag und die Entgeltberechnungs- und -zahlungsunterlagen sich auf dieselbe Person beziehen.

Dem Auftraggeber wird zur Durchführung von Stichprobenkontrollen Einblick in die Lohn- und Gehaltsabrechnungen und Auszahlungsbelege gegeben. Das Einverständnis meiner/unserer von mir/uns eingesetzten Beschäftigten zu der Vorlage der Lohn- und Gehaltsabrechnungen und Überprüfung der vorgelegten Abrechnungen werde(n) ich/wir einholen. Zu Kontrollen darf der Auftraggeber oder eine von diesem beauftragte Person meine/unsere betrieblichen Grundstücke und Räume betreten und Beschäftigte meines/unseres Unternehmens über den Einsatz beim Auftraggeber und die Arbeitsentgelthöhe und -zahlung befragen. Dem Fragesteller müssen wahrheitsgetreue Angaben gemacht werden.

3. Ich/Wir überweise(n) Löhne und Gehälter auch im Ausland ansässiger Beschäftigter mindestens monatlich über Gehaltskonten und halte(n) vollständige, prüffähige, deutschsprachige Unterlagen über die Beschäftigungsverhältnisse sowie Überweisungsbelege bereit und lege(n) diese auf Wunsch dem Auftraggeber im jeweiligen Büro des Auftraggebers vor. Ich/wir gestatte(n) werktags, außer samstags, zwischen 8 Uhr und 17 Uhr, freitags zwischen 8 Uhr und 14 Uhr, den Zugang zu meinen/unseren Geschäftsräumen und die Einsichtnahme in die Unterlagen über die Beschäftigungsverhältnisse und Überweisungsbelege und überlasse(n) diese vorübergehend auf Verlangen gegen Quittung.

4. Ich/Wir beauftrage(n) Nachunternehmer nur unter der Voraussetzung, dass diese/r mir/uns eine gleich lautende Erklärung zugunsten einer Kontrolle durch mich/uns und den Auftraggeber abgibt und ggf. weiterer von ihm oder seinen Nachunternehmern eingesetzten Nachunternehmern. Dies gilt ebenfalls für Verleiher von Arbeitskräften.

5. Mir/Uns ist bekannt, dass der Auftraggeber Verstöße gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz an die zuständige Zollbehörde meldet. Der Auftraggeber kann bei Verstößen gegen die in diesem Angebotsteil enthaltenen vertraglichen Pflichten über einen Ausschluss vom Wettbewerb bis zu drei Jahren entscheiden und diesen zu einer zentralen Sperrliste melden, aus der brandenburgische Auftraggeber Auskunft über die Eintragung erhalten. Es besteht die Möglichkeit durch eine „Selbstreinigung“ eine Kürzung der Sperrdauer oder eine Aufhebung der Sperre zu erreichen. Änderungen an den Eintragungen sind gegenüber dem Auftraggeber geltend zu machen, der die Eintragung bewirkt hat. Ist ein Nachunternehmer mit einer Auftragsperre belegt, werde(n) ich/wir kurzfristig einen anderen Nachunternehmer benennen. Der Auftraggeber räumt diese Möglichkeit nur ein, wenn zeitliche Verzögerungen im Vergabeverfahren unschädlich sind.

6. Für jeden nachgewiesenen schuldhaften Fall im Sinne des Brandenburgischen Vergabegesetzes und damit dieser Vereinbarung zahle(n) ich/wir, eine **Vertragsstrafe** in Höhe von  
- 1 % der Auftragssumme, maximal 25 000 Euro,  
- bei mehreren Verstößen insgesamt höchstens 10 % der Auftragssumme, maximal 250 000 Euro.

Verstöße gegen Lohnzahlungspflichten stellen je betroffenem Beschäftigten und Monat einen Fall dar. Verstöße gegen die Pflicht zur Duldung von Stichprobenkontrollen bilden ebenso einen Fall.

7. Ich/Wir beauftrage(n) Nachunternehmer oder Verleiher nur unter der Voraussetzung, dass der Nachunternehmer oder Verleiher sich gemäß der in der Anlage zu dieser Vereinbarung beigefügten Vereinbarung mir/uns gegenüber mit Wirkung zugunsten des Auftraggebers entsprechend Punkt 6 dieser Vereinbarung verpflichtet. Entsprechende Verpflichtungen lege(n) ich/wir auch von weiteren Nachunternehmern oder Verleihern vor.

8. Ich/wir räume/n dem Auftraggeber ein Kündigungsrecht für den Fall der Verletzung meiner/unserer in diesem Angebotsteil begründeten Verpflichtungen ein.

Ort, Datum, Stempel

rechtsverbindliche Unterschrift(en)